

Mensch Merkel

Friedrich Schorlemmer 25.1.2016

Wir werden, wir sollen, wir können das schaffen! Aber was können wir schaffen? Tausende und abertausende Flüchtlinge aufnehmen, versorgen, integrieren. Was brauchen wir dazu? Ein entschlossenes, ein zuversichtliches WIR, ein Wir, das durch die politischen Repräsentanten an der Spitze demokratisch *geführt* wird, das durch das Parlament *unterstützt* und von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger *gestützt* wird, das von Medien positiv, aber nicht unkritisch *begleitet*, von Gewerkschaften solidarisch *mitgetragen*, von der Wirtschaft innovativ *aufgegriffen*, von den Kirchen weltoffen, barmherzig und vorurteilsfrei *angenommen* und geistig-moralisch *flankiert* wird. Alles Handeln bedarf der Legitimation durch geltende Grundrechte, der einzelnen Rechte und der daraus für alle erwachsenden Pflichten.. Einerseits das Ziel klar im Auge, braucht alle Entscheidung zugleich ein Augenmaß, das sich den konkreten Möglichkeiten und objektiven Grenzen justierend stellt. Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit allen Initiativen, die aus eigener, ganz persönlicher Motivation heraus initiativreich helfen, wo staatliche Institutionen überfordert sind oder zu lange brauchen, bis den Massen von Betroffenen schnelle, konkrete, übergangsweise Hilfe gewährt werden kann. Es wäre kontraproduktiv, wenn man nun Denkverbote erteilen wollte oder Probleme durch Wegreden zu lösen versuchte. Wir stehen miteinander vor einer langfristigen Herkulesaufgabe. Nach Zumutbarkeit und Belastungsgrenzen zu fragen, ist zunächst nicht unstatthaft. Doch was tun, wenn die "Stimmung" kippt, wenn populistisch "argumentiert" wird, wenn fremdenfeindlich gehetzt, angstschürend geredet, gedruckt, gar gebrüllt und dumpf gedroht wird, bis geplante Unterkünfte brennen. Dann sind alle demokratisch gesinnten BürgerInnen herausgefordert, sachbezogen,

empathisch, engagiert in eigenem Auftrag, öffentlich gegenzuhalten. Unverzüglich. Unsere Gesetze, zumal „das Grundgesetz“ gelten für alle in gleicher Weise. Klar ist aber auch –das muss in Erinnerung gerufen werden - angesichts der (rechts-)populistischen Nebelkerzen aus CSU, Teilen der CDU und der AFD - , dass das Grundrecht auf Asyl ein einklagbares Menschenrecht ist. Dies gilt auch für die Genfer Flüchtlingskonvention, die die Bundesrepublik unterzeichnet hat. Unser Staat hat sich selbst daran gebunden und zu den darin enthaltenen Versprechen bekannt. Aus diesem Grund sind diese Rechte nicht begrenzt. Das wissen auch die, die über Obergrenzen oder wie jetzt die stellvertretende CDU-Vorsitzende von flexiblen Tageskontingenten für Asylsuchende und Flüchtlinge schwadronieren. Das Grundrecht auf Asyl ist mehr als eine Geste denen gegenüber, die bei uns Schutz suchen. Es gilt unbedingt für alle, bei denen die im Gesetz genannten Bedingungen gegeben sind. Sicher, wer dieses Grundrecht missbraucht, weil Straftaten begeht, dem kann dieses elementare Recht entzogen werden. Aber nicht an der Grenze, in Hotspots oder sonstigen Sammelstellen, sondern nur nach einer Verurteilung durch eines unserer Gerichte.

Die Bundeskanzlerin, die bisher eher für Abwarten, Moderieren, Aussitzen aufgefallen war, hat sich festgelegt und bleibt bei ihrer Auffassung, nicht stur, sondern konsequent. In diesem Sinne ist sie eine Verfassungspatriotin, indem sie diese Grundrechte verteidigt. In welchem geistig-politischen Zustand ist unser Land, dass sie dafür angefeindet wird.

Sie riskiert ihre Kanzlerschaft - nicht um irgendeines Vorteiles für sich oder für ihre Partei. Sie versagt es sich standhaft, auf populistische Parolen und Stimmungen einzugehen, auf rechtslastige Züge aufzuspringen. Sie tritt selbst politischen Freunden aus Überzeugung klar entgegen: mutig, ruhig, ihrer Sache gewiss und unbeirrt.

Dabei ist keine Trotzhaltung erkennbar und sie entsagt jeder Schärfe in ihrer Reaktion. Der Person Angela Merkel hat sich im Spätsommer des vorigen Jahres durch das Flüchtlingselend aus Syrien menschlich anrühren lassen. Dabei hat sie spontan für tausende, elendiglich nach Fluchtstrapazen an die Türen unseres Landes Klopfenden geltende bürokratischen Hürden übersprungen, hat die nach dem geltenden Recht erforderlichen Vorbedingungen für die Einreise und Aufnahme übergangen. Ist das nun Rechtsbruch von höchster Stelle oder ist das praktizierte Mitmenschlichkeit? Wahrscheinlich hat das viele im Bürgerkrieg Zermarterte angelockt, schnell nach Germany zu kommen. Endlich ist ein Zuwanderungsgesetz zu erarbeiten. Das kann Druck wegnehmen und den Deutschen leichter erkennbar machen, wie und was wir durch Zuwanderer gewinnen - ohne das Asylrecht damit zu vermischen oder es gar aufzugeben. Es gibt Situationen, in denen Politiker aus menschlichen Gründen schnell handeln müssen, ohne zögerlich zu fragen, ob wer wie (in anderen Staaten der *einen* EU) mitmachen würde. Die Konsequenzen für dieses Handeln, das auf eine breite Willkommenskultur baut, hat die Kanzlerin, haben wir alle zu tragen, nachdem Deutschland bis dato wenige Verbündete gefunden hat und die EU nunmehr vor einer in ihren Konsequenzen noch ganz ungewissen Zerreißprobe (auch für Schengen und den Euro) steht. Deutschland ist in den letzten Jahren auch als wirtschaftlich auftrumpfender Lehrmeister aufgetreten oder so empfunden worden. Doch was die Polen, die Ungarn, die Tschechen angeht, so wird unbegreiflich, wie Länder, die große gesamteuropäische Unterstützung bekommen haben und bekommen, sich so strikt abschotten, insbesondere das so katholische wie nationalistische Polen. Die noch bis vor kurzem beliebteste und international anerkannteste sogenannte "mächtigste Frau der Welt" Angela Merkel riskiert viel. Sie zeigt Haltung, wo es um Glück und Unglück zigtausender Menschen geht.

Sie hat mit im Blick, wie viele Flüchtlinge andere, auch sehr arme Länder, wie etwa der Libanon oder Jordanien (und auch die Türkei) bereits aufgenommen haben und was das selber gebeutelte Griechenland in den letzten Jahren bis heute geschultert hat. Wer „dort unten“ nicht hilft, wird für eine künftig noch schwerer steuerbare Völkerwanderung mitverantwortlich werden. Der Vorwurf deutscher Alleingänge trifft nicht, weil dieser "Alleingang" ein Wort für Humanität und Mitgefühl geworden ist. Durch solche Alleingänge hatten sich die Deutschen in ihrer Geschichte bisher gerade nicht ausgezeichnet. Der wiedererstandenen Furie des Nationalismus wollen wir Europäer nach den Erfahrungen in unserer Geschichte keinen Millimeter weichen. Menschlich wie rechtlich, politisch wie logistisch handeln, mit einer Kanzlerin, die aufgehört hat zu lavieren und ein menschenrechtliches Profil zeigt und bei starkem Gegenwind (auch aus den eigenen Reihen) durchhält. Freilich sollte niemand übersehen, wie schwierig manches ist und werden wird. Hören wir auf Hilferufe von Landräten und Bürgermeistern! Die Kanzlerin tut das, was sozial oder christlich gesinnte Bürger jedenfalls tun sollten: Nicht zuerst der Stimmung auf der Straße und dem dumpf-lauten Volkswillen nachzugeben, sondern seinen eigenen Überzeugungen folgen. Nicht nach rechts abbiegen, statt geradeaus zu gehen. Argumentativ jeder Verzerrung und Übertreibung entgegentreten, aber auch deutlich machen, daß deutsche Politik zuerst dafür verantwortlich bleibt, deutsche Interessen zu wahren.

Doch über dem nationalen steht das menschliche Gebot.

Alle Achtung, Frau Bundeskanzlerin! Hoffentlich schaffen wir das. Wir alle. Und verteidigen unsere Werte. Es bleibe Glaube, Hoffnung, Liebe. Diese drei. Die Parole der friedlichen Selbstbefreiung in der DDR "Wir sind das Volk" war eine Befreiungparole. Sie richtete sich gegen die Grenzen, sie richtete sich gegen jeden Egoismus und Nationalismus.

Jedenfalls hatte sie nie im Sinne, daß "Ihr", also IHR die in unser Land in

Lebensangst Geflohenen nicht dazu gehört. Der Verweis auf die Zumutbarkeit der Zuwanderungsströme kann in der Debatte nicht das *Hauptwort* sein, aber es ist ein nicht zu vernachlässigendes *Nebenwort*. Nichts wäre falscher als in einer hochkomplexen, aber auch sehr komplizierten Weltsituation einfache Lösungen vorzuschlagen und dafür wieder hohe Grenzen, gar mit Stacheldraht (und Schießbefehl?) zu riskieren. In dem inzwischen zu viel zitierten Satz "Wir schaffen das" steckte auch das *europäische Wir*. Das wunderbare Friedensprojekt Europa, das wirtschaftlichen Wohlstand und grundsätzlich gleiche Würde und gleiches Recht befördert, steht zur Debatte. Die Friedensnobelpreisträgerin „Europäische Union“ (2012) in der Vielfalt der Nationen und kulturellen Prägungen steht in ihrer Existenz ebenso zur Debatte wie die Grundrechte unserer Verfassung. Freilich wäre es hilfreicher gewesen, die Kanzlerin hätte gleich darauf verwiesen, dass ungesteuerte massenhafte Flüchtlingsströme riesengroße Anstrengungen bergen und geradezu unvermeidlich Konfliktpotentiale enthalten.

Jeder politisch Handelnde steht vor nicht leichten Abwägungsproblemen. Er kann mit bester Absicht das befeuern, was er doch vermeiden wollte und er muss zugleich seinen Grundsätzen und Überzeugungen treu bleiben, sie nicht aufweichen, bei Anfeindungen nicht zurückweichen oder irrationalen Ängsten das Feld überlassen.

Angst, Abwehr und nationaler Egoismus - verbunden mit einem Wir-Ihr-Dualismus - führen in erbarmungslose Reaktionen, zumal dann, wenn „Besorgte“ und „Warnende“ nicht sagen, was man denn mit den Flüchtlingen anders machen soll und kann.

Wer aber Probleme, die es mit den Mengen an Flüchtlingen fast unvermeidlich gibt, übersieht und übergeht, gießt fahrlässig Wasser auf die Mühlen derer, die ihr fremdenfeindliches Argumentationsschema bestätigt

sehen und das gar in martialisches Gebrüll münden lassen. Auf fremdenfeindliche Emotionen einzugehen, heißt nicht, ihnen nachzugeben. Wer verantwortlich und an Menschenrechten orientiert handelt, wird nicht Ängste schüren, aber auf sie reagieren und sie so aufgreifen, daß sie auf ihren rationalen Kern zurückgeführt und auch praktisch vermindert, sozial und psychologisch bearbeitet werden. Blinde Flüchtlingsfreunde sind im Effekt bisweilen so gefährlich wie blinde Flüchtlingshasser.

Die soziale Not von "Einheimischen" angesichts der Sach- und Geldleistungen für die Flüchtlinge darf nicht aus dem Blick geraten. Das eine darf nicht gegen das andere ausgespielt werden. Das ist eine der schwierigen, wichtigen, unverzichtbaren Vermittlungs- und

Erklärungsaufgaben der politisch Handelnden. (Hier ist das öffentliche Wort des Bundespräsidenten im Lande und nicht in Davos gefordert.)

Eines muss allen sehr zu denken geben: Von den führenden Politikern der AfD (von Pegida und NPD ganz zu schweigen), war noch kein Wort des Mitgefühls für Flüchtlinge oder für die praktische Linderung von deren Notsituation zu hören. Nur Abschottung, äußerlich wie innerlich.

Chauvinismus und Nationalismus war bisher immer mit Herzenskälte und geistiger Enge gepaart. Oder sollte Deutschland seine Grenzen überall richtig dichtmachen? Was wäre das für ein Deutschland? Was wäre das für ein Europa? Ein Horror!

Die Probleme zu verschweigen oder wegreden zu wollen, wäre unverantwortlich. All denen, die nicht handeln müssen, sei ein Wort Schillers aus „Wallensteins Tod“ zugerufen: "Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen". Diesen hart sich im Raume sich sehr konkret stoßenden Sachen brauchen unglaublich viel Geduld und innere Gewissheit. Die Haut der Zivilisation ist dünn, sehr dünn. Überall. Wo allerdings Hassgefühle überhand nehmen, wird rationales Denken und versöhnendes Dazwischen-Gehen nahezu

unmöglich. Der Hass ist Ausdruck verlorengegangener innerer Souveränität und Verlust von Rationalität, sofern diese sich mit ethischen Grundmaximen verschwistert. Es ist immer wieder zu erinnern an einen bemerkenswerten Satz der Kanzlerin vom September 2015: "Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, daß wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land." Für ein Land, in dem die Freundlichkeit die überwiegende Reaktion auf (fremde) Menschen darstellt, lohnt es sich einzustehen - nicht zuletzt dann, wenn man die Erfahrungen der europäischen, speziell der deutschen Geschichte stets mit im Blick nimmt und behält.

Im Übrigen: Wem ist wegen der Flüchtlingsströme bisher eine einzige staatliche Zuwendung gekürzt oder verweigert worden?

Es sei an Immanuel Kants Schrift "Zum ewigen Frieden" erinnert. Dort hat der große Königsberger über die "Bedingungen der allgemeinen Hospitalität" nachgedacht und geschrieben, daß die Menschen "vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde... sich nicht ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch nebeneinander gedulden zu müssen, ursprünglich aber niemand an einem Ort der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere."

Kant spricht von einem Hospitalitätsrecht auf einer Erde, die der ganzen Menschheit gehört und die auf ein Weltbürgerrecht ausgerichtet sein muss, zumal in einer inzwischen globalisierten Welt. Die Idee eines Weltbürgerrechts sei "keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden, nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf." Papst Franziskus macht vor, was christliche

Kultur im sogenannten Abendland ist. Er begibt sich an den Ort der Flüchtlingskatastrophe nach Lampedusa, er wäscht im Gefängnis jugendlichen Kriminellen die Füße, er feiert mit Flüchtlingen eine große Messe und ruft ein heiliges Jahr der Barmherzigkeit aus. Das ist glaubwürdiges Zeugnis auf der Höhe der Zeit.

Wir Deutschen können in gewisser Weise stolz darauf sein, daß wir angesichts dieser weltgeschichtlich bedeutsamen Herausforderung eine Kanzlerin haben, die sich im Blick auf Menschenrechte praktisch nichts abhandeln lässt und die ihre Überzeugungen jetzt nicht kühl kalkulierend auf dem Altar ihres eigenen politischen Geschicks opfert.

Was wir zu schaffen haben, ist zuerst die Bewahrung unserer menschenrechtlichen Grundlagen, aus denen uns Verpflichtungen erwachsen, ohne uns zu überfordern. Wir schaffen das. Aber nicht alleine. Und die Lösung kommt nicht von allein.